

## STIPENDIATINNEN UND STIPENDIATEN

---

Juliane ASO, M.A., ist Promotionsstudentin an der Freien Universität Berlin und forscht vom 01.07.2015 bis zum 30.06.2016 zu ihrem Dissertationsprojekt mit dem Arbeitstitel *Globale Wissenszirkulationen in der physischen Anthropologie. Das koloniale Vermächtnis in Japan während der ersten Hälfte des Kalten Krieges* am DIJ.

Die Wissensgeschichte hat in den letzten Jahren vermehrt die globalen Verflechtungen in den Wissenschaften untersucht und geht mittlerweile davon aus, dass Wissen von vielen Orten in viele Richtungen zirkulierte – oder nicht weitergegeben wurde. Im Mittelpunkt der bisherigen Forschung stand vor allem, wie sich wissenschaftliche Disziplinen erst durch die globalen Verflechtungen während der Zeit des Imperialismus etablierten. Auch in der japanischen Forschung wurde bereits nachgewiesen, dass bestimmte Wissenschaftszweige erst durch den japanischen Kolonialismus hervorgebracht wurden. Doch wie wurde mit dem kolonialen Archiv umgegangen und welche Konsequenzen hatten die kolonialen Wissenszirkulationen in der postkolonialen Zeit?

Das Promotionsprojekt setzt sich konkret mit der physischen Anthropologie und den damit verbundenen Begriffen von Rasse und Nation in der Nachkriegszeit bzw. im Kontext der ersten Hälfte des Kalten Krieges in Japan auseinander, denn die anthropometrische Forschung der Kolonialzeit wurde in der Nachkriegszeit fortgesetzt. Indem der Untersuchungszeitraum über die 1945er Zäsur ausgedehnt wird, lassen sich neue Erkenntnisse zu Kontinuitäten und Diskontinuitäten zwischen der Zeit des japanischen Imperiums und des Kalten Krieges ausmachen. Zudem sollen die multilateralen Beziehungen und deren Auswirkungen auf die Konstituierung von lokalem Wissen untersucht werden: Zum einen die Wechselwirkungen der US-japanischen Wissenszirkulation, zum anderen die Konsequenzen der kolonialen Wissenszirkulationen, und drittens die Möglichkeiten der Einflussnahme von supranationalen Institution wie der UNESCO auf die Definition von Wissen.

Nadeschda BACHEM, M.A., Doktorandin am Centre for Cultural, Literary and Postcolonial Studies (CCLPS) am SOAS, University of London, forschte vom 01.03. – 30.06.2015 zu *Imperialism and National Identity in Postcolonial Japanese and South Korean Literature* (Arbeitstitel) am DIJ.

Die Dissertation analysiert japanische und südkoreanische Kurzprosa zwischen 1945 und den späten 1960er Jahren, die sich mit der Geschichte und den Auswirkungen der Kolonisierung Koreas durch Japan auseinandersetzt. Hierbei werden sowohl Texte von Autorinnen und Autoren, deren nationale Zugehörigkeit zu entweder Japan oder Südkorea auf den ersten Blick offensichtlich scheint, aufgegriffen, als auch solche von Literaten mit einer ambivalenteren nationalen Identität, sprich den Mitgliedern der koreanischen Minderheit in Japan (den sogenannten *zainichi kankoku, chōsenjin*).

Die Leitfragen der Dissertation lauten: Wie wird die Erinnerung an die Kolonialzeit in beiden Ländern konstruiert? Welche Rückschlüsse werden aus dieser Erfahrung in Hinblick auf ein kollektives Selbst und Anderes gezogen? Inwiefern werden der Imperialismus und sein Nachspiel als nationales Trauma bewertet und welche Bedeutung wird den Ereignissen in Hinblick auf eine kollektive Identität zugewiesen? Die Beantwortung dieser Fragen soll helfen, den Diskurs der Erinnerung an die Kolonialzeit, der die japanisch-koreanischen Beziehungen bis heute prägt, nachzuvollziehen.

Das Projekt verortet sich innerhalb einer Tradition ostasiatischer Komparatistik und strebt darüber hinaus an, den spezifisch japanisch-koreanischen Fall innerhalb der *postcolonial studies* zu situieren.

Adam JAMBOR, M.A., ist Doktorand an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und forschte vom 01.04 – 30.09.2015 zu *Heimatorientierung – Die Funktion von Sozialkapital im Zuge der Arbeitsplatzsuche von Studierenden in der Präfektur Okinawa* (Arbeitstitel) am DIJ.

Okinawa ist zwar die ökonomisch schwächste Region Japans, zugleich besteht jedoch ein positiver Wanderungssaldo. Das zeigt: Nicht ein wirtschaftliches Gefälle zwischen regionalen Arbeitsmärkten steuert die Verteilung von Arbeitskräften, sondern Okinawas Jugend verlässt ihre Heimat trotz besserer wirtschaftlicher Perspektiven außerhalb nicht. Meiner Ansicht nach kann diese Heimatorientierung mit einer zunehmenden Bedeutung von Sozialkapital (Familie, Freunde) für junge Menschen erklärt werden und wäre damit weniger ökonomisch als soziokulturell begründbar. Die Beschreibung und Erklärung des Sozialkapitals könnte zeigen, welche

Mechanismen dazu führen, dass junge Menschen in Okinawa bleiben und damit die Forschung zur Mobilität junger Japaner bereichern.

Jesco LINDNER, ass. jur., Doktorand an der Goethe-Universität Frankfurt, war vom 01.05.2015 bis 18.02.2016 Stipendiat am DIJ. Er forschte zu der *Business Judgment Rule* in Japan (Schwerpunkt), Deutschland und den USA.

Die Haftung von Managern war in Deutschland und Japan noch zu Beginn der 1990iger Jahre eine eher theoretische Angelegenheit. Ganz anders stellt sich die Lage heute dar: Die Wahrscheinlichkeit Partei eines Haftungsprozesses zu werden und die strenge Haftung – in Deutschland etwa für jede Fahrlässigkeit mit existenzvernichtenden Haftungssummen und der nur eingeschränkten Möglichkeit des Vergleichs bzw. Verzichts bei Gefahr justizieller Rückschaufehler und einer für das Vorstandsmitglied ungünstigen Beweislastverteilung – zu spüren, ist merklich angestiegen. Hier greift die *Business Judgment Rule*, welche in den USA die Manager bei einer unternehmerischen Entscheidung durch einen Haftungsfreiraum („*safe harbor*“) schützt und damit auch einer gesellschaftsschädlichen Risikoaversion entgegenwirkt.

Die ARAG/Garmenbeck-Entscheidung des BGH aus dem Jahre 1997 läutete in Deutschland ein goldenes Jahrzehnt der *Business Judgment Rule* ein, in dem sie zunächst zu einem Lieblingskind der gesellschaftsrechtlichen Literatur aufstieg und schließlich sogar in § 93 Abs. 1 Satz 2 AktG kodifiziert wurde. Mit der erst späten Anerkennung der *Business Judgment Rule* durch den Obersten Gerichtshof im Jahre 2010 wiederholte sich im Ansatz Ähnliches in Japan. Warum der Enthusiasmus in Japan jedoch gespürt hinter dem in Deutschland zurückblieb und die *Business Judgment Rule* weiterhin nur in Form von Richterrecht fortbesteht, wurde genauso untersucht wie die Fragen, welche Rolle die *Business Judgment Rule* in der Praxis in Japan genau spielt, welcher Zusammenhang zur Sorgfaltspflicht des Managers besteht und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Die Unterschiede zwischen der japanischen *Business Judgment Rule* und ihrem US-amerikanischen Vorbild wurden mit Blick auf ihre Eigenschaft als sog. *legal transplant* untersucht.

Michael PFEIFER, ass. jur., ist Doktorand an der Goethe-Universität Frankfurt und vom 01.08.2015 bis zum 31.07.2016 Stipendiat am DIJ. In seiner Forschung setzt er sich mit Selbstregulierungsmechanismen im japanischen Gesellschaftsrecht und der jüngsten Regulierung der japanischen Corporate Governance durch *soft law* auseinander.

Selbstregulierung im weiten Sinne, d.h. Regelsetzung und Durchsetzung durch private Akteure, spielt heute eine bedeutende Rolle im modernen Gesellschaftsrecht der Industriestaaten weltweit. Diese Entwicklung hat auch die japanische Corporate Governance Debatte erreicht und wird hier vor allem unter dem Gesichtspunkt des *soft law* diskutiert. Hierunter sind Normen zu verstehen, die nicht final vom Staat durchsetzbar sind, aber dennoch von den betreffenden Adressaten zu einem gewissen Grad als verbindlich angesehen werden. Unter dem Eindruck der sog. *Nihon saikō senryaku* [Japan Revitalization Strategy] des zweiten Kabinetts unter Premier Abe Shinzō hat die für die Aufsicht der Finanzmärkte zuständige Financial Services Agency (FSA) im Jahr 2014 die *Principles for Responsible Institutional Investors – Japan’s Stewardship Code* für institutionelle Inverstoren veröffentlicht; zum 01. Juni 2015 trat *Japan’s Corporate Governance Code* der Tokyo Stock Exchange (TSE) als Teil der Börsenregeln in Kraft. Beide Kodizes wurden von Expertenkommissionen mit ausgewählten Teilnehmern aus Wirtschaft und Wissenschaft erstellt. Darüber hinaus sind diese nicht als zwingendes, staatlich durchsetzbares Recht konzipiert, sondern vertrauen als *soft law* auf die Umsetzung durch Marktkräfte. Der hinter beiden Kodizes stehende *comply-or-explain*-Mechanismus sowie der damit verbundene *principle-based-approach* stellen für Japan eine Neuerung dar, sind aber als sog. *legal transplant* von einer langen Tradition der Selbstregulierung im Gesellschaftsrecht des Vereinigten Königreichs inspiriert. Diese Form der Selbstregulierung hat, spätestens seit der Einführung des Deutschen Corporate Governance Kodex ein Jahrzehnt zuvor, das Interesse der deutschen Rechtswissenschaft und Praxis in Bezug auf deren Vorzüge und Nachteile, ihre Legitimation und, als vorzeitiger Stand der Debatte, ihre Funktionsbedingungen auf sich gezogen.

Die Besonderheit im japanischen Kontext liegt in der mit den Kodizes verbundenen Hoffnung, die Entscheidungsstrukturen, vielmehr aber noch die Kultur in den Leitungsgremien japanischer Unternehmen durch *soft law* zu ändern, indem diese im Sinne einer *seme no gabanansu* [*growth oriented governance*] einen Teil zur Gesundung der japanischen Volkswirtschaft beitragen. Das Forschungsprojekt beabsichtigt, diese Zielsetzung einer

kritischen Würdigung zu unterziehen und dabei die theoretischen Grundlagen und Funktionsbedingungen für einen erfolgreichen Einsatz von Selbstregulierung und *soft law* im rechtsvergleichenden Kontext zu analysieren.

Vyara RADULOVA, Dipl.-Kffr, MBR, Promotionsstudentin an der Ludwig-Maximilians-Universität München, war vom 01.06.2015 bis zum 31.12.2015 Stipendiatin am DIJ. Ihr Forschungsprojekt (Arbeitstitel: *On the Importance of Appearing Fair – Antecedents and Consequences of Organizational Justice: Evidence from Japan*) befasst sich mit dem organisationalen Gerechtigkeitsempfinden in Japan und dessen Auswirkungen auf wichtige Konstrukte wie beispielsweise Arbeitszufriedenheit und Engagement.

Die Literatur, die sich mit dem Einfluss wahrgenommener Fairness am Arbeitsplatz beschäftigt, ist vielfältig. Dies spiegelt die bedeutende Rolle organisationaler Gerechtigkeit aus praktischer Sicht wider. Ein Phänomen, das in diesem Kontext eine besondere Herausforderung für Manager und Forscher darstellt, ist die Globalisierung und die damit steigende Diversifikation der Arbeitswelt. Diese führen dazu, dass die Auswirkungen organisationaler Fairness unter Berücksichtigung etwaiger interkultureller Unterschiede zu untersuchen sind. Japan, als die drittgrößte Volkswirtschaft weltweit, rückt in den Mittelpunkt des Interesses nicht nur aufgrund der großen Bedeutung als unverzichtbarer Standort für ausländische Investitionen, sondern auch aufgrund der großen kulturellen Distanz zur westlichen (Arbeits-)welt.

In diesem Kontext verfolgt dieses Forschungsprojekt das Ziel, die Determinanten und Konsequenzen organisationaler Gerechtigkeit in Japan unter die Lupe zu nehmen. Mit Hilfe einer quantitativen Umfrage unter Berufstätigen wird anschließend ein Strukturgleichungsmodell aufgestellt. Das Projekt soll einen Beitrag zur Forschung auf dem Gebiet der organisationalen Gerechtigkeit im internationalen Kontext leisten.

Juliane SCHULZ, M.A., Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, forschte vom 01.03. – 30.06.2015 zu *Japans „neue“ neue soziale Bewegungen – Mobilisierungs- und Handlungsstrategien zur Ausweitung der direkten Demokratie in Japan: Die Bürgergruppe Minna de kimeyō ‚genpatsu‘ kokumin tōhyō* (Arbeitstitel)

Eine der neuen sozialen Bewegungen, die nach der Dreifachkatastrophe 2011 in Japan entstanden ist, ist die Bürgergruppe *Minna de kimeyō ,genpatsu‘ kokumin tōhyō*. Diese Bürgergruppe fordert, in die Entscheidung über die Zukunft der Kernenergie auf lokaler/kommunaler und nationaler Ebene direktdemokratische Elemente einzubeziehen. Das primäre Ziel der Bürgergruppe ist jedoch nicht die Abschaffung der Kernenergie an sich, sondern die Aufklärung und die Mobilisierung der Bürger, sich an der politischen Willensbildung zu beteiligen und die direktdemokratische Einflussnahme als Mittel der Partizipation einzufordern.

Am Fallbeispiel der Bürgergruppe *Minna de kimeyō ,genpatsu‘ kokumin tōhyō* wird in diesem Dissertationsprojekt untersucht, ob die Aktivitäten neuer sozialer Bewegungen zu einer Ausweitung der direkten Demokratie in Japan führen können. Hierzu werden Treffen der Bürgergruppe in Form von teilnehmenden Beobachtungen untersucht und mit Mitgliedern der Bürgergruppe qualitative Interviews geführt.

Franziska STEFFEN, M.A., promoviert im Studiengang *Sprachen – Texte – Gesellschaft. Asien und Europa interpretieren* an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und forschte vom 01.04.2015 bis 31.03.2016 am DIJ. In ihrer Forschung befasst sie sich mit der Formierungsphase der Neuen Religionen Tenrikyō und Renmonkyō als Teil des Prozesses der Definierung der modernen Kategorien „Religion“ und „Aberglauben“ in der Meiji-Zeit.

Sowohl die *Tenrikyō* als auch die *Renmonkyō* standen vor der Herausforderung, einen Platz im sozialen Gefüge der Meiji-Zeit finden zu müssen, inmitten von fortwährend neu formulierten und verhandelten Ideen um Politik, Religion und Aberglauben. In der Forschung zu den Neuen Religionen nehmen dabei die medialen Hetzkampagnen der 1890er Jahre, in denen u. a. gegen die „abergläubische“ magische Wunderheilung der *Tenrikyō* und *Renmonkyō* gewettert wurde, eine prominente Stellung ein. Der Vorwurf des Aberglaubens seitens der neuen intellektuellen Elite gilt als Gradmesser einer erfolgreichen Rationalisierung in Weber'schem Sinne. Dieser theoretische Ausschluss der Neuen Religionen und ihrer Wunderheilung aus der Moderne führt jedoch zu dem Dilemma, dass das Fortbestehen selbiger nicht schlüssig erklärt werden kann. Das Forschungsprojekt befasst sich daher mit der Geschichte des sich formierenden Aberglaubensbegriffs in der japanischen Moderne, um die Geschichte der Neuen Religionen neu beleuchten zu können. Anstatt die der Kategorie „Aberglauben“ zugeordneten

Elemente als Abfallprodukt einer imaginierten Moderne zu sehen, soll der Aberglaubensvorwurf ins Zentrum der Betrachtung rücken und als diskursives Instrument verstanden werden. So kann die Aberglaubenskritik gegen die Neuen Religionen als Teil des Prozesses der Formierung und Verhandlung der Kategorie „Religion“ historisch kontextualisiert und die bestehende Religionsforschung um diesen Blickwinkel ergänzt werden.

Nadine VOGEL, M.A., FU Berlin, arbeitete vom 01.02. – 31.07.2015 an ihrer Dissertation *Social Entrepreneurship in Japan: The Case of Food Banking* (Arbeitstitel).

Social entrepreneurship is an attempt to tackle social problems by making use of entrepreneurial strategies and business techniques. The term refers to various players such as nonprofit organizations, social businesses, companies that include CSR in their business scheme, among others. Since the late 1990s, the social enterprise movement appears on a global scale. It is at the center of a highly contested discourse on the role of business in society and it includes a broad range of actors with divergent perspectives. The PhD project is a case study on social entrepreneurship in Japan. By referring to diffusion theory (Rogers 1983, 1995, 2003), I explore how social entrepreneurship is adopted in Japan (against corporate culture/social values) and examine the role of change agents propagating this new form of organizational activity. The PhD project traces the flow of ideas, organizational forms and financial support to social entrepreneurship in Japan since the early 2000s. In addition, I propose an in-depth case study in order to investigate how social and organizational processes lead to social entrepreneurship in more detail. I focus on the case of food banking (e.g. charitable food assistance provided by soup kitchens, (food) companies and public welfare institutions such as community centers, homeless shelters, and aid agencies) located in downtown Tokyo's Ueno Park and in the segregated San`ya district (*yoseba*). Methodologically, the PhD thesis draws on qualitative interviews, fieldwork and organizational observations.

Tobias WEISS, M.A., Universität Hamburg, war vom 01.09. – 31.12.2015 Stipendiat am DIJ und führte hier vor allem Interviews für seine Dissertation durch.

Während des Atomunfalls von Fukushima 2011 wurde deutlich, dass die Berichterstattung über Atomkraft und die Wahrnehmung dieser sich stark zwischen Japan und anderen Ländern unterscheidet. Besonders Deutschland bildet einen starken Kontrast zu Japan. In der Arbeit wird nach den Gründen für die unterschiedliche Darstellung gefragt. Neben der Armut an Kohle und natürlichen Rohstoffen, der ausserordentlich starken Rezeption der Ölkrise 1973 und der starken ideologischen Fokussierung auf Wissenschaft, Technologie und Modernisierung, spielt die starke Verflechtung der japanischen Medien mit Wirtschaft und Regierung eine wichtige Rolle. In der Arbeit wird das Framing der Atomkraft in drei wichtigen Zeitungen über einen längeren Zeitraum untersucht. In einem zweiten Schritt werden organisatorische, politische und ökonomische Faktoren analysiert, die das Framing der Atomkraft durch verschiedene Journalisten beeinflussen. Es zeigt sich, dass in Japan zwei gegensätzliche Formen des „Atomkraftjournalismus“ mit unterschiedlichen normativen Modellen und institutionellen Knotenpunkten existieren.